

Ressort: Politik

Nahles verurteilt Röslers Positionspapier als unsozial

Berlin, 27.12.2012, 12:24 Uhr

GDN - Die SPD hat den Vorstoß von FDP-Chef Philipp Rösler zur Privatisierung von Staatsbeteiligungen und zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes scharf kritisiert. "Ein Comeback des Marktradikalismus, der jede soziale Verantwortung leugnet, wie von Herrn Rösler gewollt, wird es mit der SPD nicht geben", sagte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles der "Rheinischen Post" (Freitagausgabe).

"Erst hundert Milliarden neue Schulden machen und dann das Tafelsilber verscherbeln - die FDP hat nichts gelernt", kritisierte Nahles. Um von seinen eigenen Problemen abzulenken, krame Rösler die "alten Ladenhüter aus der neoliberalen Mottenkiste" hervor. Der Staat müsse Einfluss auf die zentrale Infrastruktur und die Daseinsvorsorge behalten. Deshalb lehne die SPD diesen "Privatisierungswahn" ab, bekräftigte Nahles. Röslers Vorschläge zum Arbeitsmarkt und zum Mindestlohn seien unsozial. Die Armutsberichte zeigten deutlich, wie sehr Deutschland einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn brauche. "Aber dazu fehlt dieser Bundesregierung Kraft und Herz", stellte Nahles fest.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-4813/nahles-verurteilt-roeslers-positionspapier-als-unsozial.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com